

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-11, I. Marienstraße 38/32, Fernruf 25291. Postfach 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Umstehungsbehörden Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-11, I. Marienstraße 38/32, Fernruf 25291. Postfach 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Umstehungsbehörden Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-11, I. Marienstraße 38/32, Fernruf 25291. Postfach 1068 Dresden. Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Umstehungsbehörden Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Donauflotte der deutschen Kriegsmarine

Oesterreichs Flottentradition wird übernommen

Berlin, 23. März.

Der Führer hat den Oberbefehlshaber der Kriegsmarine mit der Uebernahme der auf der Donau stationierten Wachfahrzeuge des Bundesheeres zur Aufstellung einer Donauflotte im Rahmen der Kriegsmarine beauftragt.

Der mit der Befreiung der Einzelfragen bei der Uebernahme vom Oberbefehlshaber der Kriegsmarine beauftragte Kapitän zur See Rordmann hat den in die deutsche Kriegsmarine zu übernehmenden österreichischen Offizieren und Mannschaften in Wien nachstehenden Erlaß des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine überbracht:

„Mit dem heutigen Tage übernehme ich den Befehl über die auf der Donau stationierten Wachfahrzeuge, ihre Besatzungen und die zugehörigen Fliegenschiffe. Ich heiße die zu übernehmenden österreichischen Offiziere und Mannschaften in den Reihen der deutschen Kriegsmarine herzlich willkommen. Mit ihrer Uebernahme werden die österreichischen Normationen, die aus der alten, ruhmreichen 1. und 2. österreichischen Marine unmittelbar hervorgegangen sind, in die deutsche Kriegsmarine einbezogen. Die Erinnerung an die Ueberlieferung der 1. und 2. Marine und der österreichischen Donauflotte soll auch in der deutschen Kriegsmarine lebendig bleiben. Wir wollen mit Tapferkeit an die Erfüllung der

gemeinsamen Aufgabe gehen, die uns der Führer für unser deutsches nationalsozialistisches Vaterland stellt.

Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine: Raeder.“

In Berlin neu eingefleidet

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. März.

Die Soldaten des 1. Bataillons des Wiener Infanterieregiments 15, die gegenwärtig in Berlin weilen, gellten Potsdam befristet und abends zu einem Kameradschaftsabend von der NSDAP eingeladen waren, wurden in Berlin neu eingefleidet. Sie erhielten hier bereits die Uniform der deutschen Wehrmacht an Stelle der bis herigen österreichischen Uniformen. Auch die österreichischen Truppenteile, die fünf Tage in München waren und gestern abend unter befristeter Anteilnahme der Bevölkerung die Stadt der Bewegung wieder verließen, haben reichsdeutsche Uniformen erhalten.

Generalfeldmarschall Göring fährt nach Wien

Am Sonnabend Verkündung des großen wirtschaftlichen Aufbauprogramms

Berlin, 23. März.

Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring begibt sich Donnerstag abend nach Oesterreich. Er wird am Sonnabend, dem 26. März, in Wien sprechen und dabei das große wirtschaftspolitische Aufbauprogramm in Deutschösterreich verkünden. Im Anschluß an diese Veranstaltung in Wien wird der Ministerpräsident in den nächsten Tagen noch in Graz, Klagenfurt, Salzburg und Mauterndorf sprechen.

oder Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Ueberwachungsstelle vorgelegt werden.

Die Zollfreiheit erstreckt sich nur auf Waren österreichischen Ursprungs, das heißt auf Waren, die in dem Lande Oesterreich erzeugt oder durch Bearbeitung wesentlich verändert (nationalisiert) worden sind; nicht dagegen auf Waren, die aus einem anderen Lande stammen und in Oesterreich verzoollt oder durch Oesterreich durchgeführt sind. Auf Verlangen der deutschen Zollstellen muß bei der Einfuhr von österreichischen Waren, für die die Zollfreiheit in Anspruch genommen wird, gemäß den deutschen Vorschriften über Anmeldung und Nachweis des Herstellungslandes der österreichische Ursprung nachgewiesen werden.

Alle österreichischen Waren zollfrei

Berlin, 23. März.

Durch § 8 der Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung im Lande Oesterreich ist der Reichsminister der Finanzen ermächtigt worden, Waren österreichischen Ursprungs ganz oder teilweise für zollfrei zu erklären. Auf Grund dieser Ermächtigung sind durch Verordnung vom 21. März 1938 mit Wirkung vom 26. März 1938 Waren österreichischen Ursprungs für tarifmäßig zollfrei erklärt worden. Oesterreichische Waren müssen aber alle anderen Waren zollmäßig abgefertigt werden.

Außerdem sind für sie bei der Einfuhr außer dem Zoll zu erhebenden Abgaben, insbesondere Verbrauchssteuern einschließlich der Umsatzabgabesteuer, zu entrichten. Sodann gelten vorläufig auch noch die deutschen Devisenbestimmungen für die Wareneinfuhr, das heißt, es muß bei der Zollabfertigung österreichischer Waren eine Devisen-

Spendet für Oesterreich!

Berlin, 23. März.

Alle deutschen Volksgenossen sind aufgerufen, mit zu helfen an der Linderung der Not im Lande Oesterreich. Geldspenden sind zu zahlen auf das „Rotes Oesterreich“ bei allen Dienststellen des RDB oder bei allen in der Reichsgruppe „Banken“ zusammengeschlossenen Kreditinstituten (Banken, Girozentralen, Sparkassen, Girokassen, gewerbliche und landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften) und bei allen Postfachämtern.

Auch in der Hauptgeschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“, Dresden-11, Marienstraße 38/42, werden Spenden entgegengenommen.

Das Wort „Inflation“ geht um in Paris

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“

Paris, 23. März.

In den späten Abendstunden hat die französische Kammer die neuen Finanzgesetze angenommen. Die Mehrheiten waren die schwächsten, die jemals eine Volksfrontregierung bisher gehabt hatte. So stimmten für das eine der beiden Gesetze, das die Bank von Frankreich in die Lage versetzt, die Verschüsse an den Staat von 15 Milliarden Franken auf 20 Milliarden zu erhöhen, 348 Abgeordnete, und 248 waren dagegen. Die Zahl der Stimmenthaltungen wurde noch nicht bekannt. Das andere Gesetz, das über die Auffüllung der Landesverteidigungskasse, sah sich mit 879 Landesverteidigungskasse, 187 Stimmen bewilligt. In diese Landesverteidigungskasse soll als erste Einlage der Rest des Währungsausgleichsfonds fließen. Aber die Opposition draußen im Lande dürfte wohl noch etwas größer sein, als es den Abstimmungsresultaten im Parlament entspricht. Jedenfalls sind sich die Pariser Zeitungen heute morgen merkwürdig einig. Von rechts bis links hassen sie eigentlich alle in daselbe Horn. Was offen reden sie von einer Inflation. Das „Journal“ zum Beispiel erhebt gemüthliche Vorwürfe gegen die Regierung und meint, die Wahrheit sei eben, daß die Regierung bei der großen Masse der kleinen und großen Sparmaßnahmen nicht das Vertrauen besitze, um eine gesunde Finanzpolitik durchzuführen zu können. Deshalb verläufe sie es mit einer Kuleitze mit der Inflation. Aus den Erfahrungen der letzten

Jahre habe sie nicht einmal die Lehre gezogen, daß eine solche Maßnahme auch gefährliche Nachteile mit sich bringe.

Die kommunistische „Humanité“ windet sich wie ein Kalb, der aus Trodne geraten ist und wieder ins Wasser möchte. Sie kann ja schließlich nicht leugnen, daß die kommunistischen Abgeordneten für die Befehle gestimmt haben; sie spricht auch offen von den fünf Inflationen Milliarden; aber sie versucht die kommunistischen Abgeordneten damit zu entschuldigen, daß sie „allgütlich befragt gewesen seien“, der Nation die Mittel zu geben, die sie brauche, um den Gefahren, die von draußen drohen, die Stirne bieten zu können. Und schweigen die Gefahren allerdings schwerwiegender, die die Kommunisten dem inneren Leben Frankreichs bereiten und die sich auch auf die Außenpolitik Frankreichs verhängnisvoll ausgewirkt haben.

Einsig und allein der sozialdemokratische „Populaire“ versucht aus begrifflichen Gründen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Er spricht gar von der „Hochverzinsung“ aller inflationistischen Maßnahmen, und betont, daß das Wort Inflation zu gebrauchen, und betont dafür desto aufdringlicher, daß es sich nur um „rein provisorische Maßnahmen“ handelt.

Nun bleibt noch fraglich, wie sich der Senat an den neuen Finanzgesetzen stellt. Da er grundsätzlich ein Gegner aller inflationistischen Maßnahmen ist, befürchtet man lebhaften Widerstand und spricht von einer kritischen Lage für das Kabinett Blum.

Ausgleich Polen-Litauen

Von unserem ständigen Berichterstatter in Warschau

Womala Jahre hat sich der polnisch-litauische Streit hingehalten. Zwei Staaten, miteinander benachbart, kannten sich nicht, wollten sich nicht kennen, durchschnitten die Straßen und Wege, unterbrachen die Eisenbahnverbindungen, errichteten eine chinesische Mauer, über die kein Brief, kein Telegramm, kein Telefongespräch hinüberdrang. Nahmen diese beiden feindlichen Nachbarn voneinander Kenntnis, dann entluden sie ihre Gewehre über die Grenze, unterdrückten sie ihre Winderheiten läben und drüben, dann drohten sie und riefen nach Vergeltung. Mit dem polnisch-litauischen Konflikt hatte Europa sein Unikum, aber ein gefährliches Unikum. Jener amerikanische Journalist, der die polnisch-litauische Grenze als Wetterde eines kommenden Krieges bezeichnet hat, wählte wahrheitsgemäß nicht, wie sehr seine von amerikanischer Sensation diktierten Worte der Wahrheit entsprachen, wie schnell sie zur Realität werden würden. In der Nacht vom 10. zum 11. März d. J. zog das Gewitter an der polnisch-litauischen Grenze dräuend auf. Kurz danach wurden die Litwa, Gana Europa wartete gespannt auf die Entladung des Wetters. Die Kriegsgelahr war in ihr akutes Stadium getreten.

Die Rette der Litauische ist kurz und folgerichtig. Am 11. März gegen 8 Uhr morgens wird an der polnisch-litauischen Grenze ein polnischer Soldat von litauischen Grenzbeamten erschossen. Die Einzelheiten dieser Tat werden wohl niemals ganz aufgeklärt werden. Juristische Forderung ist an dem Tatbestand des Verbrechens auch nicht das Wesentliche. Wesentlich ist vielmehr, daß dieser Vorfall in ganz Polen eine Massenbewegung auslöste, welche die durch die europäischen Grenzlinie ohnehin alarmierte Bevölkerung mit sich aufwühlte, ungeheure Ausmaße annahm. Am 18. März war diese litauenfeindliche Bewegung bereits so weit vorgetragen, daß eine friedliche Beilegung des Konflikts unendlich erschien. Es entstand der Eindruck, daß Polen nun endgültig den ewigen Streit mit Litauen beenden wolle, aber nicht mehr durch friedliche Worte, vielmehr durch eine militärische Aktion. Die radikale rechte Opposition beherrschte mit ihren Parolen die Straßen der polnischen Städte und Dörfer. Und diese Parolen diktierten den Marsch auf Kowno, die Annexion Litauens. Mit diesen Parolen erklärte sich der Korpskommandant in Lembera solidarisch, damit die Einstellung der polnischen Armee dokumentierend. Mit diesen Parolen sympathisierte die Reiterungsarmee. Die polnische Öffentlichkeit hielt ebenso wie die litauische Bevölkerung den Krieg für unermeldbar.

In diese Situation fällt die Rückkehr des polnischen Außenministers Beck nach Warschau am 16. März. Er schaltete sich sofort in den kühnsten Gana der Grenzlinie ein. Die Frage, sofortiger Einmarsch in Litauen oder lieber Versuch einer friedlichen Beilegung des Konfliktes wurde durch ihn und die maßgebenden Kreise zwischen der letzten These entschieden. Nach Ablehnung eines ungenügenden litauischen Vermittlungsvorschlages stellte die polnische Regierung am 17. März an die litauische Regierung das Ultimatum. Der Inhalt der ultimativen Note war zu dieser Zeit in weiteren Kreisen noch unbekannt. Kein Wunder, daß die polnische Öffentlichkeit im Taumel der Grenzlinie das Ultimatum nur als Vorstufe zum Einmarsch aufnahm, dem Ultimatum einen Inhalt unterließ, der nach allgemeiner Ansicht für Litauen unannehmbar sein mußte. Insbesondere kam es hier auf den endgültigen Verzicht der litauischen Regierung auf Wilna und das Wilna-Gebiet an. Nur wenige zweifelten daran, daß dieser Punkt in der polnischen Note enthalten sei. Alle waren davon überzeugt, daß er für Litauen unannehmbar sei. Die kriegerische Stimmung nahm unter diesen Umständen weiter zu. Reichsminister Rada-Smilga fuhr am 18. März nach Wilna. Die Blicke richteten sich auf das kommende Hauptquartier der bewaffneten Aktion. Der ernannte Vorkämpfer in Warschau rief zur friedlichen Beilegung des Konfliktes. Polnisches Militär wurde an der litauischen Grenze konzentriert. Die polnische Kriegsflotte verließ den Gdingener Hafen. Die litauenfeindlichen Demonstrationen hielten in ganz Polen an.

Am 19. März erst wurde der Inhalt des polnischen Ultimatum vom 17. März veröffentlicht. Es ergab sich, daß die ultimative Note der polnischen Regierung für die Regierung in Kowno keine unannehmbaren Bedingungen enthielt, vor allem nicht, wenn man die für Litauen überaus gefährliche Gesamtsituation berücksichtigte. Es fehlte in der Note insbesondere die Eröffnung der Wilna-Frage, der Grenzgarantie oder ähnliche Forderungen, die für Litauen auch jetzt noch schwer tragbar gewesen wären. Der entgegenkommende Inhalt des polnischen Ultimatum war das Entscheidende, nicht die kategorische und drohende Form. Zwar hatte Litauen in der Vergangenheit immer wieder die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen mit Polen, wie sie die polnische Note verlangte, abgelehnt. Angesichts der Konzentration der polnischen militärischen Kräfte an der Grenze aber, im Bewußtsein, daß der polnischen Regierung an einer friedlichen Lösung des Konfliktes trotz allem gelegen war, mußte die Entscheidung klar und zwingend sein. Die litauische Regierung nahm denn auch mit Billigung des gesamten Parlamentes das polnische Ultimatum am 19. März an. Die Welt wurde von dem Abbruch des Krieges befreit.

Die polnische Regierung hat unbestreitbar einen großen Erfolg errungen. Freilich ist die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen erst ein Anfang. Die Stabilisierung der polnisch-litauischen Beziehungen auf allen anderen Gebieten, vom Wirtschaftsverkehr bis zur Winderhaltung, soll in den kommenden Monaten folgen. Niemand kann erkennen, daß dabei noch Schwierigkeiten und komplizierte